

# Machtkampf in Russland

von Alexander Rahr

**W**ladimir *Putin* ist aus der Jukos-Affäre als Gewinner hervorgegangen. Innenpolitisch hat er mit dem Schlag gegen den führenden Oligarchen Russlands, Michail *Chodorkowskij*, Punkte gesammelt. Im Ausland steht er als Mann der Tat dar. Neben *Chodorkowskij* entledigte sich *Putin* auch seines Stabschefs, Alexander *Woloschin*, der bislang als Verbindungsmann zwischen dem alten Jelzin-Regime und der *Putin*-Mannschaft fungierte. *Woloschins* Weggang symbolisiert das Ende der Jelzin-Ära.

Zwei Varianten für die zweite Amtszeit *Putins* zeichnen sich ab. An einer Wiederwahl *Putins* im März 2004 gibt es keine Zweifel. Entweder wird die Entmachtung der Oligarchen, die eine Hauptverantwortung für die Korruption, die Kriminalität, das Nichtaufkommen des Mittelstands trugen und immer wieder als Gegner von ausländischen Investitionen auftraten, dem Land einen neuen Reformschwung verleihen und mittelfristig für mehr Rechtssicherheit sorgen. Dies wollte *Putin* mit der Entmachtung *Chodorkowskij*s, der vom Kreml jetzt als oberster Mafioso dargestellt wird, demonstrieren. *Putin* ließ in seinen Kommentaren erkennen, dass der Kreml künftig soziale Gerechtigkeit wahren wolle: kleinere Vergehen, die im Zuge der Privatisierung entstanden waren, sollen nicht verfolgt, größere Verbrechen, einschließlich Morden, jedoch hart geahndet werden.

Oder führt *Putin* den Westen an der Nase herum und baut in Wirklichkeit mit Hilfe des Geheimdiensts ein neues autoritäres System auf, in dem zwar die Marktwirtschaft erhalten, Demokratie aber abgeschafft werden soll? Das selektive Vorgehen der Justiz gegen den „guten“ Oligarchen *Chodorkowskij*, der sein Geld nicht ins Ausland schaffte, sondern einen Läuterungsprozess durchlief und sich zu einem musterhaften Großunternehmer zu wandeln begann, wird dafür als Indiz angeführt.

Wie verhält sich die Festnahme *Chodorkowskij*s mit Russlands Absicht, der WTO beizutreten und den Markt für westliche Investoren zu öffnen? Wo steht *Putin* wirklich in dieser Frage? Anfang dieses Jahres forderte er den staatlichen Ölkonzern Chinas auf, sich bei der Privatisierung der russischen Ölfirma „Slawneft“ zu beteiligen. Doch der Verkauf wurde erneut als ein Insidergeschäft unter den Oligarchen abgewickelt, ohne ausländische Beteiligung. Dann unterstützte *Putin* die Idee eines

russisch-ukrainisch-deutschen Gaskonsortiums. Wieder scheiterte das Geschäft – aus Furcht der Oligarchen vor ausländischer Konkurrenz. Kurz vor der Verhaftung *Chodorkowskij*s unterstützte *Putin* persönlich den Aufkauf der Ölfirma TNK durch British Petroleum und beteuerte gegenüber amerikanischen Ölmultis sein grundsätzliches Einverständnis für eine Fusion von ExxonMobile mit Jukos. Nach der Verhaftung *Chodorkowskij*s traf sich *Putin* sofort mit westlichen Unternehmern, um sie von der Unumkehrbarkeit seines Reformkurses zu überzeugen. Sein neuer Stabschef rügte das barsche Vorgehen der Justiz gegen Jukos.

Ist *Putin* in Russland Herr der Lage oder regieren andere Kräfte im Kreml? Am Beispiel *Chodorkowskij*s scheiden sich die Geister, wenn es um ein Urteil geht. Kritiker sehen einen politischen Hintergrund der Kreml-Attacke. *Chodorkowskij* habe sich den Unmut des Kreml zugezogen, als er öffentlich *Putins* autoritäres System anprangerte, anfang, liberale Parteien zu finanzieren, laut über die Ära nach *Putin* nachdachte und am staatlichen Ölleitungsmonopol zu rütteln begann. Aus Kreml-nahen Kreisen hieß es, *Chodorkowskij* und andere hätten kurz davor gestanden, ihre Firmen, die sie in den neunziger Jahren vom Staat praktisch geschenkt bekommen hatten, an ausländische Konzerne zu verkaufen, ohne dass der Staat an den Riesengewinnen partizipieren würde. *Chodorkowskij* hatte erklärt, der Hauptsitz von Jukos könnte nach Texas verlagert werden. Eine Kontrolle westlicher Ölmultis über sibirische Ölquellen wollte der Kreml offensichtlich nicht zulassen.

Wie soll sich der Westen verhalten? Beim EU-Russland-Gipfel in Rom wurde von beiden Seiten Schadensbegrenzung betrieben. Die deutsche Wirtschaft, die in ihrer Russland-Strategie seit Jahrzehnten erfolgreich auf die russischen Behörden setzt, hielt sich mit negativen Kommentaren nicht nur zurück, sondern schien insgeheim mit dem Schlag gegen einen der schillerndsten Oligarchen zu sympathisieren. Anders die angelsächsische Wirtschaft. Diese öffnet sich ihre Wege auf den russischen Markt weniger über den Kreml als über die Oligarchen. Nicht umsonst haben russische Großkapitalisten wie Boris *Beresowskij*, Roman *Abramowitsch* oder Michael *Friedman* ihre Firmensitze nach London verlegt.

Ein eindeutiges Urteil über *Putins* Russland zu fällen ist schwer. Erst die Parlamentswahlen am 7. Dezember werden bestimmen, ob Russland eine rechtsgerichtete oder eine liberale Regierung erhält.

Alexander Rahr, geb. 1959, ist Leiter der Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS im Forschungsinstitut der DGAP, Berlin.